

Nein zur Ecopop-Initiative

Starre Quoten schaden dem Arbeitsmarkt und dem Wohlstand

Es gibt viele Argumente, die für ein klares Nein zur Ecopop-Initiative sprechen. Dabei ist sicher: Die Einführung einer starren und extrem begrenzten Einwanderungsquote würde den offenen und flexiblen Arbeitsmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen gefährden. Zudem würde sich der schon bestehende Mangel an Arbeits- und Fachkräften massiv verschärfen.

Würde die Ecopop-Initiative umgesetzt, dürften noch 16 000 Personen mehr pro Jahr in die Schweiz ein- als auswandern. Dazu zählen auch heimkehrende Auslandschweizer und angeheiratete ausländische Ehepartnerinnen und -partner und deren Kinder, die sie möglicherweise in die Schweiz mitbringen möchten. Gleiches gilt für vorläufig aufgenommene Asylsuchende, deren Aufenthalt aus völkerrechtlichen und ethischen Gründen nicht mit einer fixen Quote beschnitten werden kann. Erfährt die Schweiz eine Flüchtlingswelle, wird das überaus knapp bemessene Kontingent sofort ausgeschöpft, und es bleibt kein Platz für dringend benötigte Arbeitskräfte.

Besonders die KMU hätten das Nachsehen

Mit dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative steht bereits fest, dass es in der Schweiz ein neues Zuwanderungssystem und damit eine Beschränkung der Zuwanderung von Personen aus dem Ausland geben wird. Im Initiativtext wurde ausdrücklich festgehalten, dass bei der Umsetzung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft Rücksicht genommen werden soll.

Ecopop geht einen viel radikaleren Weg. Mit einer fixen Nettozuwanderung von im Schnitt 0,2 Prozent ist die Initiative zu starr für die dynamische Schweizer Volkswirtschaft. Egal, ob sie floriert oder stagniert, es dürfen netto nur 16 000 Einwanderer in die Schweiz kommen. Das raubt der Schweizer Wirtschaft jegliche Entwicklungsmöglichkeit und steht in keinem Verhältnis zu dem, was von den Unternehmen in den kommenden Jahren zum sicheren Fortbestand

benötigt wird. Eine Annahme der Initiative würde die Unsicherheit in der Wirtschaft, die durch das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative ausgelöst wurde, noch massiv verstärken. Und Unsicherheit verhindert Investitionen und führt dazu, dass Arbeitsplätze im Zweifelsfall woanders angesiedelt werden.

«Die Initiative würde die Schweizer Wirtschaft zu einer Schrumpfkur zwingen.»

Es ist zudem offensichtlich, dass es bei einem derart knapp bemessenen Ausländerkontingent zu einem grossen Gedränge um die wenigen Bewilligungen kommen würde. Die diplomierte Pflegerin wird gegen den Ingenieur, die IT-Spezialistin gegen den Bauleiter ausge-

spielt. Und wer von diesen darf mit, wer muss ohne Familie einreisen? Insbesondere kleinere Unternehmen haben in einem solch rigiden System schlechte Karten. Einem Gewerbebetrieb, der einen grossen Auftrag gewinnt und seine Kapazitäten rasch ausbauen müsste, sind dann die Hände gebunden.

Massive Lücken auf dem Arbeitsmarkt

Als eines von wenigen Ländern kann die Schweiz ihre Nachfrage nach Arbeitskräften nicht selbst decken. So besteht schon heute ein Mangel von rund 260 000 Arbeitskräften, der nur durch Grenzgänger aus dem Ausland kompensiert werden kann. Aufgrund der heutigen Altersverteilung wird sich die Situation noch weiter verschärfen: In den nächsten Jahren tritt die Generation der «Babyboomer» ins Pensionsalter, während die nachfolgenden Jahrgänge deutlich weniger Menschen umfassen. Das Ausmass dieses Arbeitskräfteman-

Das verlangt die Ecopop-Initiative

Die Initiative will erstens eine starre Zuwanderungsquote in der Schweiz einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte aufgrund der Zuwanderung noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Nach heutigem Stand wären das rund 16 000 Personen. Mitgezählt würden auch zurückkehrende Auslandschweizer, angeheiratete Ausländer und deren Kinder sowie Asylsuchende. Internationale Verträge, die dem Initiativtext widersprechen, müssten innerhalb von vier Jahren neu ausgehandelt oder gekündigt werden.

Das zweite Ziel ist der Umbau der Entwicklungszusammenarbeit: Zehn Prozent des Gesamtbudgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken. Konkret müsste die Schweiz jedes Jahr über 200 Millionen Franken für das Verteilen von Verhütungsmitteln und Aufklärungskurse bereitstellen. ■

gels ist massiv: So zeigt eine Studie der Boston Consulting Group, dass schon in sechs Jahren 430 000 Arbeitnehmer fehlen werden. Ein Gutachten der UBS geht sogar von einer halben Million fehlende Arbeitnehmer aus.

Fatal für eine Reihe von Branchen

Die Schweiz muss sich noch stärker als in der Vergangenheit anstrengen, um ihr inländisches Arbeitskräftepotenzial voll auszuschöpfen. Doch wird dies nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Schon heute könnten der Tourismus, das Gesundheitswesen oder die Landwirtschaft ohne ausländisches Personal nicht mehr existieren. Nicht auszudenken, welche Auswirkungen ein ständiger Mangel an diesen Arbeitskräften hätte. Bei näherem Hinsehen wird rasch deutlich, dass unser Wohlstand sehr stark von Arbeitskräften aus dem Ausland abhängt.

Mit einem Wanderungssaldo von maximal 16 000 Menschen pro Jahr kann die Nachfrage der Wirtschaft unmöglich gedeckt werden. Und weil rückkehrende Auslandschweizer und Flüchtlinge einen Vorrang geniessen werden, verkleinert sich der Spielraum für dringend benö-

«Die Nachfrage der Firmen nach Arbeitskräften könnte unmöglich gedeckt werden.»

tigte Arbeitskräfte auf ein Niveau, das nicht mehr tragbar ist. Bereits in zehn Jahren fehlen der Schweiz rund 200 000 Erwerbspersonen, die wegen der Ecopop-Initiative nicht mehr einreisen dürfen. Die Initiative ermöglicht deshalb kein «massvolles Wachstum», sondern zwingt im Gegenteil die Wirtschaft zu Stagnation und mittelfristig zu einer Schrumpfkur.

Initiative verschärft den Arbeitskräftemangel

Schon heute fehlen der Schweiz Fachkräfte – und Ecopop würde die Situation massiv verschlimmern. Zu den beson-



Klare Ansage: Sujet aus der Kampagne gegen die Initiative.

ders betroffenen Berufsgruppen gehören insbesondere Gesundheits- und Pflegeberufe, Handwerker, Ingenieure oder Informatikspezialisten. Aber die Einstellung von qualifiziertem Personal ist nicht nur in diesen Branchen schwierig geworden, sondern ein allgegenwärtiges Phänomen. Die demografische Entwicklung bedroht auch hier die Versorgung der Unternehmen mit Arbeitskräften.

Eine Studie im Auftrag des Seco zeigt, dass bei Lehrern, Putzkräften und Pflegepersonal ein erhöhter demografischer Ersatzbedarf besteht. In diesen Branchen liegt der Anteil der über 50-Jährigen mit bis zu 39 Prozent deutlich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt (30 Prozent der Erwerbstätigen). Auch trifft der Mangel vor allem höher qualifizierte Arbeitskräfte wie Ingenieure oder Informatiker. Diese weisen eine hohe Produktivität auf, weshalb sich ein Mangel in diesen Berufsfeldern negativ auf die Schöpfungskraft der ganzen Schweiz auswirkt.

Die Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Personal ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines Lan-

des. Gerade in einer forschungs- und wissensintensiven Volkswirtschaft wie der Schweiz können wir uns einen Mangel an qualifizierten Fachkräften nicht leisten. Wenn Schweizer Unternehmen aufgrund von Personalmangel auf die Annahme von Aufträgen verzichten werden müssen, verschlechtert sich ihre Wettbewerbsposition rasch.

Drohende Verlagerungen von Unternehmen

Zusammen mit steigenden Lohn- und Rekrutierungskosten führt dies zu deutlichen Nachteilen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Sofern möglich, würden Unternehmen vermehrt die Verlagerung einzelner Unternehmensleistungen zu ausländischen Tochtergesellschaften erwägen. Das Fazit aus wirtschaftlicher Sicht ist also klar: Dem Wirtschaftsstandort Schweiz droht mit der Ecopop-Initiative ernsthafter Schaden. ■

Dieser Beitrag basiert auf dem Argumentarium des überparteilichen Komitees gegen die Ecopop-Initiative (Ecopop Nein).